DER TAGESSPIEGEL

Flexibler wohnen mit weniger Ansprüchen

Von Matthias Dressel

Mehr als 30 Jahre erzählt man uns Ostdeutschen, wie schön doch Reise-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit seien und als elementare Merkmale zu einer Demokratie gehörten! Doch auch das Recht auf Arbeit und auf angemessenen und bezahlbaren Wohnraum sind für mich wichtige Bestandteile von Freiheit. Wo sonst kann die Keimzelle jeder Gesellschaft, die Familie, ihren Nachwuchs gesund aufwachsen lassen? Je kranker diese Keimzelle, desto kranker die Gesellschaft – so der Umkehrschluss. Das Ergebnis können wir heute vielschichtig in unserer Gesellschaft durch das wohnungslose Leben auf der Straße erkennen. In 30 Jahren DDR wohnten wir zwar bescheiden, aber mit einem bezahlbaren Dach überm Kopf. Obdachlose habe ich in der Zeit nur aus dem Westfernsehen gekannt.

Heute jammert jeder auf unterem oder gehobenem Niveau, ob Mieter oder Vermieter, über die Mietpreise in diesem Land. Warum eigentlich? Es gibt viele Möglichkeiten, der Mietenexplosion ein Ende zu bereiten. Jeder kann dazu etwas beisteuern. Der Mieter treibt die Miete oft unbewusst nach oben, indem er in seinem Leben, aus welchen Gründen auch immer, die Wohnung wechselt und dem Vermieter so die Chance gibt, stetig bei Neuvermietungen die Mieten legal zu verteuern.

Die Vermieter „modernisieren“ oft, wo es eigentlich nichts zu modernisieren gibt, und kassieren ein Leben lang die „Modernisierungsumlage“, deren Nutzen spätestens nach zehn Jahren technisch und moralisch bereits verschlissen ist. Hier ist der Gesetzgeber gefragt. Er sollte die Abschreibungsmöglichkeiten bei Modernisierungen beschränken.

Wie wäre es damit, dass alle Beteiligten ihre Ansprüche auf ein Niveau bringen? Weiter wachsende Ansprüche an Ausstattung und Größe von Wohnraum sind auch ein Preistreiber, nämlich höhere Betriebskosten! Wir reden alle von Umweltschutz und Kosteneinsparung – warum verkauft oder vermietet man nicht die Wohnungen in einem individuell ausbaufähigen Zustand? Jeder Mieter hat doch seine eigenen Vorstellungen von seiner Wohnung, und so kann der Vermieter im gleichen Objekt eigentlich für jedes Einkommen zumutbaren Wohnraum bereitstellen. Hier beginnen die Eigenverantwortlichkeiten beider Vertragspartner. Anstatt pauschal die Wohnungen im bezugsfertigen Zustand zu übergeben, sollte man vorher den Wünschen der Mieter Rechnung tragen. Luxus oder Wirtschaftlichkeit mit Nachhaltigkeit – jeder Erstmieter sollte hier sein Konzept vorstellen, einschließlich eines Angebots, welche Kosten er selbst tragen kann. Es ist doch komplett sinnfrei, bereits eingerichtete Wohnungen nochmals neu einzurichten, weil diese nicht dem persönlichen Geschmack entsprechen.

Erst kürzlich hat man den Mietendeckel erfunden. Den Mieter wird es freuen – die Vermieter werden kollabieren. Dabei hat sich kaum ein Vermieter bisher verweigert, wenn der Staat Mietzuschüsse für Geringverdiener zahlte oder die Mieten ganz übernahm. Im Gegenteil – solche Mieter sind vielen Vermietern doch eine willkommene und feste Einnahmequelle, auch für höhere Mieten.

So mancher Erwerbstätige, der dringend eine Wohnung sucht, ob mit oder ohne Kindern, bleibt auf der Strecke, wenn er gerade einmal so viel verdient, dass er aus dem Leistungsbezug herausfällt. Weg also mit festen Einkommensgrenzen und hin zu mehr Flexibilität in der Wohnraumförderung durch den Staat. Dieser verlangt von seinen Bürger/-innen und deren Kindern schließlich auch, sich dem „Markt“ flexibel zur Verfügung zu stellen – inklusive Wohnungswechsel.

— Matthias Dressel ist Busfahrer und wohnt in Berlin zur Miete.

DEBATTE

89 / / / / / / / / / / EINE STADT / / EIN LAND / / / / VIELE / / / / / / / MEINUNGEN / / / / / / / / / / 19

30 JAHRE MAUERFALL

Zehn Debatten in zehn Wochen. Der Tagesspiegel, die Berliner Zeitung und die Bundeszentrale für politische Bildung feiern 30 Jahre Meinungsfreiheit.

Diese Woche: Wie bleibt Wohnen bezahlbar?

Argumente und Ideen an **meinungsvielfalt@tagesspiegel.de**

Alle Debatten unter **causa.tagesspiegel.de**

STUTTMANN

Wer kontrolliert die Kontrolleure?

Viele Landesparlamente sind zu groß und zu teuer, und besonders dreist treibt es Berlin

Von Hans Herbert von Arnim

Manche Parlamente haben aufgrund von Überhang- und Ausgleichsmandaten sehr viel mehr Mitglieder als normalerweise vorgesehen. Das stellt die Volksvertretungen nicht nur im Bund, sondern auch in vielen Ländern vor große Herausforderungen: Sie müssen Reformfähigkeit demonstrieren, um unnötige Ausgaben, die Beeinträchtigung ihrer Funktionsfähigkeit sowie eine Entdemokratisierung des Wahlrechts zu vermeiden. Zugleich müssen sie die Auffassung widerlegen, bestimmte Reformen ließen sich nur mittels direkter Demokratie durchführen. In den Ländern steht – anders als im Bund – mit Volksbegehren und Volksentscheid ja ein alternatives Gesetzgebungsverfahren zur Verfügung. Das erschwert es den Parlamenten, das Problem zu ignorieren und auszusitzen, auch wenn Abgeordnete sich aus Eigeninteresse gegen die notwendige Reform sträuben sollten.

Die Parlamente werden nicht effektiver. Das fördert Demokratiefrust

Zu den übergroßen Parlamenten gehören die Landtage von Baden-Württemberg (23 Mehr-Mandate als die vorgesehenen 143 Sitze), Bayern (25 mehr) und Nordrhein-Westfalen (18 mehr). Die Mehrausgaben für zusätzliche Abgeordnete und ihre Mitarbeiter sowie deren Unterbringung stellen eine Form öffentlicher Verschwendung dar. Manche Beobachter versuchen das Problem anschwellender Parlamente zwar zu bagatellisieren. Sie verschließen aber die Augen davor,

– dass der Gesetzgeber selbst die erforderliche Normalgröße festgelegt hat;

– dass hier jedermann erkennen kann, dass unnötige Ausgaben vorliegen, die Bewältigung des Problems deshalb unabhängig von der finanziellen Höhe von großer symbolischer Bedeutung ist;

– dass das Parlament eigentlich Fehlgriffe anderer Gewalten verhindern soll, nun aber mit ihm die Verkörperung der repräsentativen Demokratie selbst am Pranger steht;

– und dass sich damit die uralte Grundfrage der Verfassung stellt, die Philosophen seit Platon und Sokrates beschäftigt hat: Wer kontrolliert die Kontrolleure?

Vor allem übersehen sie die entdemokratisierenden Effekte. Ausgerechnet das Wahlrecht schmälert – jedenfalls in Ländern, wie Berlin, Hessen und Nordrhein-Westfalen, die ein ähnliches Wahlrecht haben wie der Bund – den Einfluss der Bürger auf die personelle Zusammensetzung der Parlamente. Die Mehr-Mandate sind nämlich alle über die starren, vom Wähler nicht zu verändernden Parteilisten erworben worden. Und noch schlimmer: Die Wahl als wichtigste demokratische Äußerungsform des eigentlichen Souveräns in der Demokratie, ist völlig undurchschaubar geworden und führt zu Konsequenzen, die unkalkulierbar sind und höchst unerwünscht sein können. Vielen Abgeordneten verschafft das Wahlgesetz nur deshalb einen Sitz im Parlament, weil der Wähler in Unkenntnis bleibt, was er mit seiner Wahl bewirkt, ob er zum Beispiel Überhangmandate schafft und so vielleicht von ihm zutiefst abgelehnten Parteien und ihren Abgeordneten zu Ausgleichsmandaten verhilft und das Parlament ausweitet.

Besonders dreist erscheint das Vorgehen des Abgeordnetenhauses von Berlin. Seit der Wahl von 2016 besteht es statt aus 130 aus 160 Mitgliedern. Statt als Grund für liegen gebliebene Arbeit aber die Übergröße des Hauses zu sehen, welche seine Funktions- und Arbeitsfähigkeit mindert, statt also das Wahlgesetz zu ändern und das Abgeordnetenhaus zu verkleinern, wurde finanziell gewaltig draufgesattelt. Obwohl die Gesamtkosten des Abgeordnetenhauses – selbst im Vergleich zu Parlamenten von deutschen Flächenstaaten – bisher schon hoch waren, wurde kürzlich beschlossen, die Diäten mit Wirkung ab Beginn des neuen Jahres um nicht weniger als 58 Prozent aufzustocken. Das gilt auch für die staatsfinanzierte Versorgung, deren Erhöhung sogar zum erstmaligen Eintritt der Abgeordneten ins Parlament zurückwirkt, selbst wenn dieser 15 oder 20 Jahre zurückliegt. Damit konnten Abgeordnete den Wert ihrer Anwartschaft auf Übergangsgeld und Altersversorgung auf einen Schlag um bis zu mehrere Hunderttausend Euro erhöhen. Diese aberwitzige Regelung zu rechtfertigen, wurde gar nicht erst versucht. Der Gesetzentwurf enthielt keinerlei Begründung.

Initiiert und beschlossen wurde das Diätengesetz von einer ganz großen Koalition, bestehend aus den drei Regierungsparteien (SPD, Linke und Grüne) und den beiden Oppositionsparteien CDU und FDP, die zusammen 25 Mehr-Mandate haben. Nur die AfD (mit fünf Mehr-Mandaten) war dagegen. Zur vordergründigen Rechtfertigung musste ein angeblicher Übergang vom Teilzeitparlament zum „Hauptzeitparlament“ dienen.

Sollte sich herausstellen, dass die nötigen Reformen schließlich doch nur mittels direkter Demokratie durchgesetzt werden können, wäre dies geradezu eine Steilvorlage für Initiativen von Bürgern und Verbänden wie Mehr Demokratie und den Bund der Steuerzahler.

Zusätzliche Probleme wirft der Hessische Landtag auf. Er steht mit 24,5 Prozent Mehr-Mandaten an der Spitze. Seit der Wahl von 2018 umfasst er statt der 110 Abgeordneten, die das Landtagswahlgesetz festlegt, 137 Volksvertreter. Hier hatte das Wahlrecht – zusätzlich zu den geschilderten misslichen Auswirkungen – aber noch eine besonders gravierende Konsequenz: Es bescherte der schwarz-grünen Regierung von Volker Bouffier und Tarek Al-Wazir sogar die Mehrheit und ermöglichte ihre Fortsetzung. Ohne die Überhang- und Ausgleichsmandate hätte sich ein Patt von 55:55 Abgeordneten ergeben.

Die Mehr-Mandate wurden also zum Zünglein an der Waage, und die wahlrechtlichen Regelungen, die eigentlich die relativen Verhältnisse zwischen den Parteien sichern sollen, bestimmten nun unversehens darüber, wer die Mehrheit bekommt und regieren kann. Der Versuch der AfD, die Berechnung, auf der die Ein-Stimmen-Mehrheit beruht, zu widerlegen, dürfte zwar keinen Erfolg haben. Aber es erscheint schon merkwürdig, dass CDU und Grüne mit kaum tausend Stimmen mehr als die Opposition (das ist etwa ein Drittelpromille der gesamten gültigen Stimmen) die Regierungsmehrheit erlangt haben.

Mit den steigenden Diäten wächst auch die Last der Altersversorgung

So oder so haben die Mängel des Wahlrechts damit eine völlig neue Dimension erhalten und sich zu einem besonders schweren demokratischen Systemfehler ausgewachsen.

Hans Herbert von Arnim *lehrt als pensionierter Universitätsprofessor an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer.*

Foto: Uwe Anspach/dpa

Deutschland muss nachsitzen

Wirtschaftlich fällt die Republik zurück

Von Carla Neuhaus

Lange war Deutschland der Musterschüler unter den Wirtschaftsnationen. Der Streber, dem gelang, woran andere Staaten sich abmühten: geringe Arbeitslosigkeit, starkes Wachstum, hohe Exporte. Und jetzt? Fällt das Land zurück. Im Ranking der Staaten mit der höchsten Wettbewerbsfähigkeit rutscht Deutschland auf Platz sieben ab. Nicht nur Singapur und die USA stehen besser da, auch Hongkong, die Niederlande, die Schweiz und Japan haben Deutschland überholt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel muss die Studie, für die das Weltwirtschatsforum 103 Indikatoren untersucht hat, zu denken geben. Zumal es nicht den einen Punkt gibt, an dem es schiefläuft – sondern gleich mehrere Probleme. Da ist der mangelnde Internetausbau in Deutschland: Bei der Versorgung mit Glasfaserkabeln etwa liegt die Bundesrepublik auf Platz 72, da sind selbst Bangladesch und Armenien schon weiter. Auch ist es in Deutschland zu teuer, ein Unternehmen zu gründen. Die Bundesrepublik hinkt bei der Stabilität des Bankensektors hinterher. In puncto organisierte Kriminalität steht Deutschland der Studie zufolge auf einer Stufe mit Malawi.

Das Problem: Die Bundespolitik hat sich zu lange auf den Erfolgen der Vergangenheit ausgeruht. Dabei ist es keine Selbstverständlichkeit, dass Deutschland der Streber unter den Wirtschaftsnationen ist. Noch Anfang der 2000er Jahre galt die Bundesrepublik als kranker Mann Europas. Daraus hat sie gelernt und keiner will dahin zurück. Um das zu verhindern, müsste die Bundesregierung jetzt investieren – und zwar nicht zögerlich, sondern kräftig und nachhaltig. Sich stattdessen verbissen an der schwarzen Null festzuhalten, ist der falsche Weg. Zwar ist die niedrige Schuldenlast einer der Punkte, in denen Deutschland noch immer weit vorne liegt. Doch was bringt das, wenn dem Land dafür die Zukunftsfähigkeit fehlt?

Ökonomen fordern seit Jahren höhere Investitionen, werden aber kaum erhört. Dazu kommt: Geld allein reicht nicht. Es muss auch dort ankommen, wo es gebraucht wird. So hinkt Deutschland beim Ausbau der Infrastruktur auch deshalb hinterher, weil den Bauämtern das Personal fehlt und die Baugenehmigungen ausbleiben.

Und Straßenbau und Brückensanierung sind nur zwei plakative Beispiele, bei denen es Probleme gibt. Angesichts der Digitalisierung, der Veränderung von Jobs muss die Bundesregierung die Bürger auch in die Lage versetzen, damit umgehen zu können. Zwar sollen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis 2025 deutlich steigen. Was jedoch fehlt, sind Investitionen in die Fort- und Weiterbildung von Angestellten. Ohne sie aber hat Deutschland keine Chance. Der Streber von einst muss deshalb nachsitzen.

ANZEIGE

FUTURE MEDICINE SCIENCE MATCH 2019 NOVEMBER 7 • BERLIN

BIH Berlin Institute of Health Charité & MDC

TAGESSPIEGEL

Politische Akteure, Wissenschaftler und Industrievertreter diskutieren, wie Strukturen und Rahmenbedingungen beschaffen sein müssen, um Erkenntnisse aus der Grundlagenforschung erfolgreich in die klinische Anwendung zu bringen. Eine Veranstaltung in Kooperation mit der Biomedical Alliance aus Brüssel.

Referentinnen und Referenten:

Prof. Ulrich Dirnagl
Quest Center, Berlin Institute of Health (BIH), Berlin

Prof. Georg N. Duda
Charité – Universitätsmedizin Berlin, Berlin

Dr. Martin Seychell
Europäische Kommission, Brüssel

Dr. Bernd Stowasser
EFPIA, Brüssel; Sanofi, Frankfurt

Prof. Veronika von Messling
BMBF, Leiterin der Abteilung Lebenswissenschaften

TICKETS UND INFORMATIONEN: WWW.SCIENCE-MATCH.INFO

BERLIN SCIENCE WEEK 1–10 Nov 2019

Diese Veranstaltung wird unterstützt von:
Wissenschaftliche Partner: Charité, MDC Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin in der Helmholtz-Gemeinschaft
Programmpartner: Philips, vfa Die forschenden Pharma-Unternehmen
Konferenzpartner: BioMed Alliance
Akademische Partner: Fakultät für Gesundheitswissenschaften Brandenburg, MHB Medizinische Hochschule Brandenburg
Netzwerkpartner: Health&Care Management, Heartbeat Labs, Humboldt Innovation, young+restless

Die Veranstaltung ist Teil der Berlin Science Week.